



Brüssel, den 24. April 2025
(OR. en)

7947/25

JEUN 50
DISINFO 28
AUDIO 22
JAI 492

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Desinformation, Manipulation und Bedrohungen im Cyberraum und ihre
Auswirkungen auf das Leben junger Menschen
- *Orientierungsaussprache*

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum im Betreff genannten Thema im Hinblick auf die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 12. Mai 2025.

„Desinformation, Manipulation und Bedrohungen im Cyberraum und ihre Auswirkungen auf das Leben junger Menschen“

Der digitale Wandel der Gesellschaft hat für junge Menschen sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich gebracht. In ganz Europa haben digitale Technologien die Kommunikation, die Bildung, den Zugang zu Informationen und die Bürgerbeteiligung verändert.

Wenngleich durch diese Fortschritte das Lernen, die globale Konnektivität und die Teilhabe an verschiedenen Bereichen des Lebens gefördert werden, so gehen damit doch erhebliche Risiken einher – insbesondere in Form von Desinformation, Informationsmanipulation und Online-Bedrohungen.

Desinformation, d. h. die vorsätzliche Verbreitung falscher oder irreführender Inhalte, ist zu einem allgegenwärtigen Problem geworden, wobei Online-Plattformen wichtige verstärkende Faktoren darstellen. Algorithmen, mit denen Beteiligung maximiert werden soll, priorisieren Inhalte nicht selten eher aufgrund des Sensationsgehalts als aufgrund von Richtigkeit und fördern so ein Umfeld, in dem sich falsche und schädliche Narrative rasch verbreiten.

Durch manipulative Taktiken, beispielsweise algorithmische Zielgruppenausrichtung und Echokammern, sowie aufgrund der Risiken durch missbräuchliche Verwendung generativer KI-Technologien werden diese Herausforderungen verschärft. Junge Menschen sind häufig mit Inhalten konfrontiert, die ihre bestehenden Überzeugungen und Vorurteile verstärken, wodurch ihre Möglichkeiten, eine Vielfalt an Perspektiven kennenzulernen, eingeschränkt werden. Diese digitale Fragmentierung ebnet den Weg für Polarisierung und schwächt soziales Vertrauen; eine fundierte Entscheidungsfindung wird dadurch erschwert.

Diese Entwicklung untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen, und für junge Menschen wird es immer schwieriger, glaubwürdige Quellen oder manipulierte und falsche Inhalte zu erkennen. Dies kann gravierende Folgen nach sich ziehen, etwa eine Beeinflussung der Wahrnehmung kritischer Themen – beispielsweise Wahlen, Klimawandel und öffentliche Gesundheit – und in weiterer Folge möglicherweise Desinteresse oder Radikalisierung im Internet.

Über die Desinformation hinaus sind junge Menschen mit Risiken aufgrund von Cybermobbing, Hetze und Radikalisierung im Internet konfrontiert. Die Anonymität des Internets fördert Hetze und Manipulation bei minimaler Rechenschaftspflicht. Diese Bedrohungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit; Angstzustände, Depression und in Extremfällen Selbstverletzung können die Folgen sein.

Digitale Ausgrenzung erhöht die Vulnerabilität gegenüber Online-Bedrohungen. Die Gewährleistung von gleichberechtigtem Zugang zu hochwertigen digitalen Ressourcen, deren Inhalte auf fundierten Quellen beruhen, ist insbesondere für junge Menschen aus nachteiligen Verhältnissen von entscheidender Bedeutung. Das Engagement der EU für Inklusion und Gleichberechtigung muss auch Initiativen zur Förderung digitaler Kompetenzen umfassen, um zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen sich im Online-Umfeld sicher bewegen können und über die erforderlichen Kompetenzen im Bereich des kritischen Denkens verfügen, um online fundierte Entscheidungen zu treffen.

Um die demokratischen Institutionen zu stärken und eine informierte Jugend zu fördern, sind koordinierte Maßnahmen sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf EU-Ebene erforderlich. Initiativen wie der Aktionsplan für digitale Bildung (2021-2027), der künftige Fahrplan für die Zukunft der digitalen Bildung und Kompetenzen bis 2030, die Strategie der Union zur Krisenvorsorge, der künftige Europäische Schutzschild für die Demokratie und der EU-Aktionsplan gegen Cybermobbing sind für die Bewältigung dieser Herausforderungen von entscheidender Bedeutung.

Jedoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um

- jungen Menschen Kompetenzen im Bereich des kritischen Denkens sowie Medienkompetenz zu vermitteln,
- die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung politischer Maßnahmen gegen Informationsmanipulation im Internet auf nationaler Ebene und auf EU-Ebene zu fördern,
- robuste Instrumente auf EU-Ebene zu entwickeln, um die Resilienz der Jugend gegenüber Desinformation zu stärken.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich mit den folgenden Leitfragen zu befassen. Wir ersuchen, die Beiträge auf maximal drei Minuten zu beschränken.

1. *Wie können die Mitgliedstaaten jungen Menschen besser die digitalen Kompetenzen, die Fähigkeit zu kritischem Denken und die Medienkompetenz vermitteln, die erforderlich sind, um Online-Inhalte zu bewerten und Resilienz gegenüber Desinformation und Manipulation im digitalen Umfeld aufzubauen?*
2. *Mit welchen Instrumenten und Maßnahmen ist es auf EU-Ebene möglich, die Resilienz junger Menschen gegenüber Desinformation und Manipulation im Internet zu stärken, einen positiven und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Tools zu fördern und junge Menschen besser auf eine aktive demokratische Teilhabe auf der Grundlage fundierter Informationen im digitalen Zeitalter vorzubereiten?*